



Politische Ökonomie

## Wirtschaftsdemokratie statt mehr Kapitalismus!\*

»Mehr Kapitalismus« oder »Wirtschaftsdemokratie« lauteten die beiden Aufschriften des Wegweisers am Scheideweg der 1980er-Jahre, schrieb der schwedische Politikwissenschaftler Walter Korpi 1983. Wohin der Weg danach führte, wissen wir heute. Auch die stärksten defensiven Erfolge der Arbeiterbewegung bleiben von begrenzter Wirkung, wenn es nicht gelingt, den von Korpi prognostizierten Trend zu mehr Kapitalismus zu brechen. Grund genug, die historischen Ursprünge des anderen Wegs, der Wirtschaftsdemokratie, genauer anzuschauen und nach Aktualisierungsmöglichkeiten zu fragen.<sup>1</sup>

### Die Sozialisierungsdebatte nach dem ersten Weltkrieg

Die Diskussion um die Wirtschaftsdemokratie erlebte ihre erste Blütezeit in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Die Frage, ob kriegswirtschaftliche Institutionen auch für friedliche Zwecke weiterverwendet werden könnten, statt zur »freien Wirtschaft« zurückzukehren, und vor allem der Druck der revolutionären Rätebewegung bildeten den unmittelbaren Anlass dazu. In vielen Ländern wurden damals Sozialisierungskommissionen eingesetzt. Auch das deutsche Betriebsverfassungsgesetz hat in dieser Zeit seine Ursprünge (Bontrup 2004).

Grundlegend war in der Sozialisierungsdebatte der Einfluss des englischen »Gildensozialismus« um G.D.H. Cole, der den Unterschied einer Wirtschaftsdemokratie (Industrial Democracy) – und damit einer richtigen Sozialisierung – zur reinen Verstaatlichung (Führung der Wirtschaft durch die Staatsbürokratie wie in der Sowjetunion) und zur Syndikalisierung (Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften) erstmals

systematisch herausarbeitete. Die Gildensozialisten betonten namentlich die Bedeutung der Konsumentenvertretung (Hirst 1994), die sie zunächst als »natürliche« Aufgabe des Staates sahen. Während der Staat als Vertretung der Konsumierenden die sozialisierten Unternehmen besitzen sollte, wären die Betriebe nach den gildensozialistischen Vorschlägen

---

#### Adrian Zimmermann

1974, lic. phil. Historiker. Forschungsassistent im EU-Projekt »Konsensorientierte politische Kulturen in kleinen westeuropäischen Staaten« (Smallcons). Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, der Geschichts- und Sozialwissenschaften, Wirtschaftsverbände, Klassenformierung, Marxismus, Nation und Nationalismus, Wirtschaftsdemokratie.



von Industriegewerkschaften geleitet worden. Damit sollte die Arbeiterkontrolle über die Produkte und die Produktion etabliert, das Lohnsystem abgeschafft werden (Cole 1921).

Wie der spätere deutsche Finanzminister Rudolf Hilferding in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Coles Buch ›Selbstverwaltung in der Industrie‹ schrieb, stellte der Gildensozialismus damit eine Synthese zwischen dem Syndikalismus (damals vertreten durch u.a. den französischen Gewerkschaftsbund CGT und die US-amerikanischen Industrial Workers of the World – IWW) und den eher kollektivistisch-etatistischen Sozialismus-Interpretationen dar. Die Gildensozialisten hätten »die geschichtliche Erfahrung der englischen Demokratie« und des sie kennzeichnenden Systems der lokalen Selbstregierung »vom politischen auf das soziale Gebiet« übertragen, schrieb der Austromarxist Otto Bauer, der nach der österreichischen Revolution 1918/19 für kurze Zeit als österreichischer Aussen- und Sozialisierungminister amtierte und dabei dieses Konzept weiterentwickelte. »Industrial Democracy« und nicht eine Rätediktatur sei der dem Westen angemessene Weg zum Sozialismus, meinte er (Bauer 1920).

Bauer und seine Mitarbeiterin Helene Leichter legten ein vom wirtschaftsdemokratischen Standpunkt sehr überzeugendes Sozialisierungskonzept vor: »Wer soll nun die vergesellschaftete Industrie verwalten? Durchaus nicht die Regierung. Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrschte, dann würde sie dem Volk und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich.« Gerade deshalb hätten die »Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung« gefordert, schreibt Bauer. Ein wichtige Rolle schrieb er dabei der Zusammensetzung der Organe zu, die der heutige Corporate-Governance-Jargon die »strategische Führung« nennt: »Auch in Zukunft wird jeder vergesellschaftete Industriezweig von einem Verwaltungsrat geleitet werden; aber dieser Verwaltungsrat wird nicht mehr von den Kapitalisten gewählt werden, sondern von den Vertretern derjenigen Bevölkerungskreise, deren Bedürfnisse der sozialisierte Industriezweig fortan befriedigen soll.« Verwaltungsräte vergesellschafteter Industrien werde man daher »ungefähr in folgender Weise zusammensetzen: Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates wird von den Gewerkschaften (...) bestimmt. Ein zweites Drittel (...) bilden die Vertreter der Konsumenten. Das dritte Drittel der Verwaltungsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates« (Bauer 1919).

Auch in der Schweiz gab es damals eine – wenn auch sozialliberal abgeschwächte – Sozialisierungsdebatte: der freisinnige Bundesrat Ed-



mund Schulthess prüfte Wirtschaftsräte und eine Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen (Kübler 1998). Während diese Pläne Papiertiger blieben, kam es immerhin zu einer zunehmenden Beteiligung der Gewerkschaften in den vorparlamentarischen Kommissionen.

### **Wirtschaftsdemokratie und Plansozialismus**

In den 1930er-Jahren waren wirtschaftsdemokratische Vorstellungen eine wichtige Grundlage für die internationale Bewegung ›Plan der Arbeit‹, die der offensiv und aktivistisch auftretenden faschistischen Ständestaatspropaganda eine sozialdemokratische Alternative entgegensetzen wollte. Der ursprünglich belgische ›Plan der Arbeit‹ wurde 1935 auch von der niederländischen und der schweizerischen Sozialdemokratie übernommen. Der SPS diente der ›Plan der Arbeit‹, den der VPOD zuerst auf schweizerische Verhältnisse adaptierte, als Ergänzung ihres Programms von 1935, das ganz im Zeichen der Abwehr der faschistischen Bedrohung stand. Bestechend aktuell am Plangedanken bleibt die Verbindung zwischen Wirtschaftsdemokratie und einer quasi-keynesianischen Antikrisenstrategie, die die Massenkaufkraft aller werktätigen Schichten stärken will. Umgesetzt wurde der Plan allerdings in keinem der drei Länder, da sich die dafür notwendigen Bündnispartner nicht finden liessen.

In der ›Neuen Schweiz‹ griff die SPS den Plangedanken in einer aktualisierten und stärker der Schweiz angepassten Weise 1942 noch einmal auf. Dieses Arbeitsprogramm ist wohl bis heute das wichtigste wirtschaftsdemokratische Konzept der schweizerischen Arbeiterbewegung geblieben. Demnach sollten der Finanzsektor und monopolistische Industriezweige vergesellschaftet, die übrigen Wirtschaftszweige in genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörpern organisiert werden (Industrieverbände, landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften). Dabei sollten ArbeiterInnen, Angestellte und KonsumentInnen in den Leitungsgremien der gemeinwirtschaftlichen Betriebe und der Selbstverwaltungskörperschaften, welche die kapitalistischen Branchenverbände und Kartelle ersetzen, vertreten sein.

### **Die Mitbestimmungsdebatte der 1970er-Jahre**

Ab den 1950er-Jahren trat der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie in den Hintergrund, wobei sicher auch das Klima des Kalten Krieges, das für demokratisch-sozialistische Ideen ungünstig war, eine gewisse Rolle spielte. Zu einer Neubelebung der Debatte um Wirtschaftsdemokratie kam es ab Ende der 1960er-Jahre.

In der Schweiz wurde in einer Volksabstimmung vom 21. März 1976



die gewerkschaftliche Mitbestimmungsinitiative mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Mit dem zur gleichen Zeit eingeführten Obligatorium der beruflichen Vorsorge (Verfassungsartikel 1972, Inkrafttreten des BVG 1985) verbinden sich bis heute wirtschaftsdemokratische Hoffnungen. Immerhin befinden sich damit grosse Kapitalien zumindest theoretisch in der Hand der Lohnabhängigen. In der Praxis steht dem der starke Einfluss der Privatversicherungen auf viele Pensionskassen gegenüber. Ausserdem ist die BVG in eine Unzahl von Kassen zersplittert und die Zusammensetzung der Stiftungsräte vielfach nur auf dem Papier paritätisch. Bis heute hat damit das BVG-Obligatorium eher dazu gedient, den Werktätigen den Weg zu mehr Kapitalismus schmackhafter zu machen, statt ein Element von Wirtschaftsdemokratie einzuführen.

Trotzdem sollte man durchaus auch an das theoretisch vorhandene Potenzial der Pensionskassen denken, wenn einige heutige Autoren prognostizieren, eine künftige »sozialistische Produktionsweise« werde »eine Ökonomie der Investitionsfonds sein« (Kremer 1998, ähnlich auch Krätke 1997, Aglietta/Rébérioux 2005, Sjöberg 2004). Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, unter der Vielzahl von Mitbestimmungs-, Profitbeteiligungs- und Selbstverwaltungsprojekten der 1970er- und 1980er-Jahre den wohl bis heute ambitioniertesten Plan einer Demokratisierung der Wirtschaft über Investitionsfonds herauszugreifen: die vom schwedischen Gewerkschaftsbund geforderten Lohnempfängerfonds.

### Investitionsfonds und Wirtschaftsdemokratie

1971 beschloss der schwedische Gewerkschaftsbund LO ein Programm für Mitbestimmung und industrielle Demokratie. Kernstück dieses wirtschaftsdemokratischen Programms war der von Rudolph Meidner ausgearbeitete Plan für die Investitionspolitik. Über Lohnverdiener-Fonds (löntagarfonder) sollte der Privatsektor unter eine stärkere Kontrolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gestellt werden. Das Projekt war viel radikaler als andere Kapitalbeteiligungsmodelle. Es zielte langfristig darauf ab, nicht nur einen Teil der Profite, sondern auch die Kontrolle über die Produktionsmittel den Werktätigen zu übergeben. An den Profiten sollte der Fonds beteiligt werden, nicht die einzelnen Arbeiter. Geplant war, 20 Prozent der Jahresprofite aller Betriebe mit über 50 MitarbeiterInnen dem Fonds zu übergeben, womit nach Meidners Berechnungen die Fonds in rund 20 bis 40 Jahren die Kapitalmehrheit in den Unternehmen erreicht hätten.

1976 nahm das Parlament eine entsprechende Gesetzesinitiative an, im gleichen Jahr verlor die schwedische Sozialdemokratie aber erstmals seit den 1930er-Jahren die Wahlen. (Sassoon 1997, Sjöberg 2004) Während



der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion über die Fonds (1976–83) und deren Existenz in einer stark verwässerten Form (1983–91) gelang es dem schwedischen Bürgerblock, die Auseinandersetzung um die Fonds zu nutzen, um die Arbeiterbewegung in die Defensive zu drängen und damit auch das ganze sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell, das so genannte ›Volsheim‹ (Folkshemmet) in Frage zu stellen. Kurz: Weil es nicht gelang, den schwedischen Sozialstaat zur sozialen Demokratie auszubauen, blieben Bedingungen bestehen, die es ermöglichen, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder rückgängig zu machen.

Eine entscheidende Schwäche der Lohnempfängerfonds war ihr syndikalistischer Ansatz. Grosse Teile der Bevölkerung waren von der Teilhabe an den Fonds ausgeschlossen, was sie der bürgerlichen Propaganda zugänglich machte. Eine Aktualisierung des Fondsgedankens müsste deshalb künftig im Rahmen so genannter Gesellschaftsfonds die Genialität der von Meidner präsentierten Konstruktion mit einer Fondsverwaltung kombinieren, die ein Gleichgewicht zwischen Lohnarbeitern und der Zivilgesellschaft, zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten schafft (Sjöberg 2004). Die Genialität der Meidner'schen Konstruktion bestand darin, mit einem Profit-Sharing-Modell die Eigentums- und Machtstrukturen im Betrieb zu verschieben, ohne dabei die Liquidität dieser Unternehmen zu beeinflussen.

### Lehren aus der Geschichte

Die Geschichte der wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen ist für eine Aktualisierung der Wirtschaftsdemokratie wichtig. Die Neuentdeckung verschütteter Alternativen kann Anregungen für zukünftige Neuanläufe liefern, die genaue Analyse des Scheiterns bisheriger Versuche die Realisierungschancen verbessern. Pfannenfertige Rezepte für eine neue wirtschaftsdemokratische Offensive können so sicher nicht geliefert werden. Dennoch will ich hier einige vorläufige Resultate der Auswertung vergangener wirtschaftsdemokratischer Versuche auf den Punkt bringen, gedacht als Bausteine für ein neues Projekt:

- Eine erneuerte Strategie zur Wirtschaftsdemokratisierung wird die Sozialisierung von den beiden verkürzten Ansätzen der Syndikalisierung und Verstaatlichung abgrenzen und damit das Modell einer ausgeglichenen Repräsentation der Werktätigen, Konsumierenden und der Allgemeinheit aus den Diskussionen nach dem Ersten Weltkrieg übernehmen.
- Ebenso wird eine solche Strategie die Demokratisierung von Investitionsentscheiden mit einem Investitionsprogramm zur Krisenüber-



windung verknüpfen, wie es in der Plandiskussion der 1930er- und 1940er-Jahre der Fall war.

- Die Strategie wird aus der Selbstverwaltungs- und Humanisierungsdiskussion der 1970er-Jahre die gegenüber den früheren Ansätzen stärkere Betonung der individuellen Perspektive integrieren.
- Angesichts der wachsenden Bedeutung des Finanzsektors in der aktuellen Entwicklungsphase des Kapitalismus bildet eine demokratische Investitionskontrolle ein wesentliches Standbein der Wirtschaftdemokratie. Die Etablierung einer echten demokratischen Kontrolle über die Pensionskassen und andere Kapitalfonds, die sich ganz oder teilweise im Eigentum von Lohnabhängigen<sup>1</sup> oder der öffentlichen Hand befinden, ist dabei ein Kernelement. Darüber hinaus gilt es, die schrittweise, die Liquidität der Unternehmen nicht gefährdende Sozialisierungsstrategie, wie sie im Rahmen der schwedischen Lohnempfängerfonds entwickelt worden ist, zu aktualisieren.

### Aktuelle Herausforderungen

Seit 1989 scheint in den Mainstream-Medien jede Diskussion über Eigentum, Kontrolle der Wirtschaftsmacht und damit auch über Wirtschaftsdemokratie tabuisiert zu sein. Dennoch gab es auf wissenschaftlicher Ebene Studien, die breiter zu diskutieren wären. Zu nennen wäre etwa das Konzept einer »Associative Democracy«, die als »echter dritter Weg« Elemente des Gildensozialismus wieder aktualisieren will und die Frage einer Demokratie jenseits des Staates stellt (Hirst 1994) oder der Entwurf einer »Participatory Economy« (Parecon), der in der Bewegung für eine andere Globalisierung und namentlich an den Weltsozialforen diskutiert wird (Albert 2005).

Auf der praktischen Ebene wird gerade in der Schweiz klar, dass in zunächst rein defensiv anmutenden Abwehrkämpfen gegen Betriebschliessungen und Produktionsverlagerungen (z.B. AdTranz, Sapal, Swissair, Zyliss, Swissmetal, Alcan) zunehmend Investitionsentscheide und die Unternehmensführung in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Im Rahmen von Sozialplanverhandlungen müssen bereits heute Lohnabhängige und Gewerkschaften vermehrt Verantwortung in der strategischen Unternehmensführung übernehmen, um den Abbauplänen der neuen Manager, die sich wesentlich an den Aktionärsinteressen orientieren (Aglietta/Réberieux 2004), Perspektiven für die Weiterführung noch oft sehr produktiver Betriebe entgegenzusetzen.

Die letzten Jahre waren geprägt von einer Serie von Firmenzusammenbrüchen und Unternehmensskandalen, vor allem in Wirtschaftsbereichen, die Liberalisierungs- und Privatisierungsschübe hinter sich



haben. Der Ruf nach einer besseren Kontrolle des Managements, nach transparenten und nachvollziehbaren Grundsätzen der Buchführung wird deshalb immer lauter (Corporate Governance). Allerdings orientieren sich die meisten Corporate-Governance-Forderungen einseitig an den Interessen der Aktionäre. Damit wird verkannt, dass gerade die zunehmende Orientierung der Unternehmen an den Profitinteressen der Aktionäre (Shareholder-Value) als Triebfeder hinter diesen Auswüchsen steht (Aglietta/Réberieux 2004). Die Antwort der Linken auf Machtmissbräuche und überhöhte Bezüge von Managern kann deshalb nicht die Verteidigung einer müssigen Schicht von Vermögensbesitzern und damit mehr Kapitalismus sein. Sie muss vielmehr die Forderungen der Werktätigen, KonsumentInnen und BürgerInnen an eine gute Corporate Governance und damit an eine Wirtschaftsdemokratie formulieren.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht bildet nach wie vor eine Bedrohung der politischen Demokratie. In den letzten Jahren ist in vielen Ländern eine neue Garnitur rechtsautoritärer Politiker an die Regierungsspitze gelangt, die selbst zu den Superreichen gehört (u.a. Bush, Berlusconi, Blocher). In einer Schärfe, wie sie seit der Zwischenkriegszeit kaum mehr da war, stellt sich heute wieder die Frage der Umsetzung wirtschaftlicher in politische Macht, der Gefährdung der politischen Demokratie durch die wirtschaftliche Oligarchie. Die politische Demokratie als die grösste Errungenschaft der letzten zwei Jahrhunderte kann mittelfristig nur gesichert werden, wenn die Wirtschaft als der grundlegende Bereich der Gesellschaft demokratisiert wird. Oder, wie es der SPS-Gründer Albert Steck schon vor über 100 Jahren formuliert hat: »Wir wollen die Sozialdemokratie und diese ist nichts anderes als die soziale Demokratie, welche (...) auch die politische Demokratie in sich schliesst und zum wesentlichen Bestandtheile hat. Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft«, die »nur erreicht werden (kann) durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes« (Steck 1890).

## Anmerkungen

\* Der vorliegende Beitrag ist eine stark gekürzte und in einzelnen Punkten ergänzte und aktualisierte Fassung meines Beitrags »Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie. Zur Geschichte und Aktualität einer Debatte« im Widerspruch Nr. 49 von 2005.



- 1 Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), die Globalen Gewerkschaftsverbände (GUF) und die konsultative gewerkschaftliche Kommission bei der OECD haben ein gemeinsames Komitee gegründet, das Fragen solcher Formen von ›worker's capital‹ diskutieren soll: [www.workerscapital.org/](http://www.workerscapital.org/). In den USA versucht der Gewerkschaftsbund AFL-CIO seit einiger Zeit, die Investitionspolitik der Vorsorgefonds zu koordinieren: [www.aflcio.org/corporatewatch/capital/whatis.cfm](http://www.aflcio.org/corporatewatch/capital/whatis.cfm).

## Literatur

- Aglietta, Michel, Antoine Rebérioux (2005): Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus H. 3.
- Albert, Michael (2005): Parecon – Leben nach dem Kapitalismus. Participatory economy. Frankfurt/M.
- Bauer, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus. In: Otto-Bauer-Werkausgabe, Band 2. Wien, 1976.
- Bauer, Otto (1920): Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Otto-Bauer-Werkausgabe Band 2. Wien, 1976.
- Bontrup, Heinz-J. (2005): Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln.
- Cole, G.D.H. (1921): Selbstverwaltung in der Industrie. Mit einer Einleitung von Rudolf Hilferding. Berlin.
- Hirst, Paul (1994): Associative Democracy – New Forms of Economic and Social Governance. Cambridge.
- Korpi, Walter (1983): The Democratic Class Struggle. London.
- Krätke, Michael R. (1997): Proletarier aller Länder versichert euch! Über die Sozialisierung des Sozialstaats. In: Widerspruch H. 34.
- Krätke, Michael R. (2003): Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus. In: Mut zur konkreten Utopie – Alternativen zur herrschenden Ökonomie. Kritische Interventionen 8. Hannover.
- Kremer, Uwe (1998): Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 100.
- Kübler, Markus (1998): Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in das politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939. Dissertation an der Universität Bern.
- Künzli, Arnold (2001): Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie. In: Widerspruch H. 40.
- Naphtali, Fritz (1977): Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben und eingeleitet von Rudolf F. Kuda. Köln-Frankfurt/M.
- Sassoon, Donald (1997): One Hundred Years of Socialism – The West European Left in the Twentieth Century. London.
- Schäppi, Hans, Walter Schöni (1992): Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik – Fragen der Demokratie in der Gewerkschaftspolitik. In: Widerspruch H. 24.
- Sjöberg, Stefan (2004): Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie – Lehren aus der Geschichte der schwedischen Arbeitnehmerfonds für die Zukunft. In: Sozialismus H. 5.
- SPS (1935): Der Plan der Arbeit. In: Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Angenommen durch den Parteitag vom 26. und 27. Januar 1935 in Luzern). Siehe auch: <http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/PP1935-d.pdf>
- SPS (1942): Die neue Schweiz. Die Sozialdemokratische Partei an das Schweizervolk!. Zürich.
- Steck, Albert (1890): Die Bedeutung des Wortes ›Sozialdemokrat‹. Auszug aus: Der Schweizerische Sozialdemokrat Nr. 30 vom 26.7.1890. In: Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung – Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich, 1989.
- Vilmar, Fritz (2002): Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative. Bilanz und Aktualität. In: Widerspruch H. 43.